LUDWIGSBURG

Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 06.11.2014, 18:30 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Zusammenführung der Justinus-Kerner-Schule und der Oststadtschule I; Interimsunterbringung der Justinus-Kerner-Schule im Silchergebäude (Vorberatung)	Vorl.Nr. 334/14

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 1 wurde gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 06.11.2014.

TOP 1.1	Zukunftskonzept zur Nutzung des 2013/14 frei werdenden Gebäudes der Silcherschule - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012	Vorl.Nr. 548/12

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 1 wurde gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 06.11.2014

TOP 2	Gemeinschaftsschule Innenstadt, Alleenstraße 17 - 21 - Auftragserhöhungen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 395/14

Beschlussempfehlung:

1. Der Erhöhung der Verfügungssummen folgender Gewerke wird zugestimmt:

1.a) Erd- und Rohbauarbeiten
von Fa. Michael Franz GFH, Am Wasserturm 8, 70806 Kornwestheim von 420.000 EUR auf 670.000 EUR inkl. 19 % MwSt.

1.b) Bodenbelagsarbeiten Linoleum/Kautschuk
von Fa. Lang Objekt GmbH, Daimlerstraße 68, 74545 Michelfeld von 167.000 EUR auf 220.000 EUR inkl. 19% MwSt.

1.c) Dachabdichtungsarbeiten
von Fa. Scholl GmbH, Wanne 3/2, 71522 Backnang von 225.000 EUR auf 240.000 EUR inkl. MwSt.

1.d) Schlosserarbeiten
von Fa. Geisselmann, Höpfigheimer Str. 6, 71691 Freiberg/Neckar von 118.500 EUR auf 160.000 EUR inkl. MwSt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Dengel
Stadtrat Meyer
Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Dr. Traub

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorl. Nr. 395/14 und übergibt das Wort an Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), die die Gründe für die Erhöhung der Verfügungssummen näher erläutert. Hierzu zeigt sie Bilder der jeweiligen Situation vor Ort, die die Schäden deutlich zeigten. Beim Bauen im Bestand sei dies immer ein Risiko, mit dem gerechnet werden müsse, das aber nicht von vornherein kalkuliert werden könne. Weitere Kostenerhöhungen seien auf die Planungsänderung während der bereits laufenden Baumaßnahmen zurückzuführen. Schließlich sei zu Beginn davon ausgegangen worden, dass die Räumlichkeiten künftig der Justinus-Kerner-Schule zur Verfügung stehen sollten und nicht, wie jetzt vorgesehen, der Gemeinschaftsschule. Trotz dieser Kostenerhöhungen werde der Kostenrahmen insgesamt eingehalten, kündigt Frau Barnert an.

Eine Kostenerhöhung bei einzelnen Gewerken um fast 50 % dürfe es nicht geben, rügt Stadtrat **Noz**. Dies sei nicht nachvollziehbar und könne nur auf eine fehlerhafte Planung oder

Ausschreibung zurück zu führen sein. Da sei der Gesamtkostenverlauf, der sich von 7.6 Mio. Euro auf jetzt 8,6 Mio. Euro erhöht habe, schon eher nachvollziehbar. Er wolle daher wissen, ob mit weiteren Kostenerhöhungen auch in anderen Bereichen zu rechnen sei. Außerdem fordere er, dass diese Dinge künftig besser kontrolliert würden.

Im Gegensatz dazu hält Stadtrat **Gericke** die Kostenerhöhungen zwar für bedauerlich, aber durchaus auch für nachvollziehbar. Die Gründe seien schließlich plausibel dargelegt worden und jetzt gelte es, die Maßnahme anständig zu Ende zu bringen.

Stadtrat **Remmele** hält dem Gremium vor Augen, welche Bedeutung eine Kostenüberschreitung in diesen Dimensionen für einen privaten Bauherren hätte. Der Grund dafür müsse in einer unzureichenden Planung liegen. Zumal in diesen Kostenschätzungen ja auch immer schon gewisse Beträge für Unvorhergesehenes enthalten seien.

Stadträtin **Liepins** könne sich zumindest in Teilen ihren Vorrednern anschließen. Zumal es nicht zum ersten Mal vorkomme, dass es zu solchen Kostenüberschreitungen käme. Vielleicht hätte es bei dem einen oder anderen Gewerk bereits früher erkannt werden können. Trotzdem bleibe letztendlich nichts anderes übrig, als dies zu akzeptieren. Schließlich müsse die Maßnahme nun auch bis zum Ende durchgeführt werden. Angesichts dieser Entwicklung mache sie sich jedoch Sorgen um die Umbaumaßnahme an der Silcherschule.

Frau **Barnert** hält diesen Wortmeldungen noch einmal die Gründe für die notwendigen Erhöhungen entgegen, die auch sie sehr bedauert.

In diesem Zusammenhang informiert BM **Ilk** kurz über den Stand des Einstellungsverfahrens eines internen Controllers. Bevor er zu Abstimmung aufruft macht er jedoch deutlich, dass bei einer baubegleitenden Planung wie in diesem Falle trotzdem immer mit einer Kostensteigerung gerechnet werden müsse.

TOP 3 Belagssanierung Neckartalradweg Vorl.Nr. 417/14

Beschluss:

Baubeschluss

Die Belagssanierungen (3 Bauabschnitte) des Neckartalradweges werden entsprechend dem beigefügten Übersichtslageplan mit einem Kostenaufwand von **230.000,-- €** genehmigt.

Vergabebeschluss

Der Auftrag für die Belagssanierungen (3 Bauabschnitte) des Neckartalradweges wird an die Firma Eurovia Teerbau GmbH, Benzstraße 4, 71272 Renningen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 21.10.2014 erteilt.

Die Vergabesumme beträgt 220.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dengel
Stadtrat Meyer
Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Dr. Traub

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem Seitens des Gremiums auf einen ergänzenden Sachvortrag zur Vorl. Nr. 417/14 verzichtet wird, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.
Dabei erinnert Stadträtin **Burkhardt** an die Forderung nach einer konsequenten Trennung von Radfahrern und Fußgängern entlang des gesamten Neckartalradweges

Die Belagssanierung des Neckartalradweges sei wichtig und sinnvoll, stellt Stadtrat **Gericke** seinen Anmerkungen voran. Künftig sei es wünschenswert, jeweils für das Folgejahr eine Jahresübersicht der Maßnahmen zu bekommen, die mit den Mitteln aus dem Radwegebau umgesetzt werden sollen.

Stadträtin **Liepins** freut sich, dass noch genügend Finanzmittel zur Umsetzung der Maßnahme zur Verfügung stünden. Die angesprochene Trennung zwischen Fahrradfahrern und Fußgängern wäre tatsächlich wünschenswert aber wohl nicht durchgängig möglich.

Nach Ansicht von Stadtrat **Noz** biete der Haushalt keinen Platz für die Realisierung von Wünschen. Es solle zunächst abgewartet werden, in welcher Höhe Zuschüsse für den Radwegebau eingingen bevor über die Durchführung der Maßnahme entschieden werde.

Da die Maßnahme als solche bereits in der entsprechenden Kommission beschlossen worden sei, schlägt Stadtrat **Rothacker** dem Gremium vor, entsprechend zur Abstimmung zu kommen.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt an, den sinnvollen Einsatz der Mittel auch an anderen Stellen in der Stadt zu prüfen.

Abschließend macht BM **Ilk** klar, dass es zunächst lediglich um die Belagssanierung gehe. Über eine eventuelle Verbreiterung müsse zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

TOP 4	Gemeinschaftsschule Innenstadt (Gebäude Alleenstraße 17 - 21) Außenanlagen - Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 400/14

Beschluss:

Der Vergabe zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Herstellung der Außenanlagen zur Gemeinschaftsschule Innenstadt, auf der Grundlage des Angebots vom 16.10.2014, der Firma Bietigheimer Gartengestaltung GmbH, Bauhofring 19, 71732 Tamm, wird zugestimmt.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	220.036,31 €
+ Unvorhergesehenes (ca. 10 %)	21.963,69 €
Vergabesumme brutto	**242.000,00 €**

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dengel
Stadtrat Meyer
Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Dr. Traub

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorl. Nr. 400/14 und eröffnet die Aussprache, nachdem auf zusätzlichen Sachvortrag Seitens des Gremiums verzichtet wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Noz** hinsichtlich des ihm sehr hoch erscheinenden Ansatzes für die Herstellung bereits bestehender Außenanlage nimmt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) Stellung. Er erläutert, welche Maßnahmen von der Vergabe umfasst seien und weist darauf hin, dass gegenüber den bestehenden Anlagen viele Änderungen erforderlich seien. Konkret sei dies auch bereits in einer früheren Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt worden. Damals sei man sogar noch von Kosten in Höhe von 180 € / qm ausgegangen – heute nur noch von 155 € / qm.

Abschließend stellt BM **Ilk** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 5 Sanierung und Umnutzung "Altes Schulhaus" Poppenweiler
- Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der Bericht zur Sanierung und Umnutzung „Altes Schulhaus“ Poppenweiler erfolgt durch Frau Barnert (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft). Diese zeigt Bilder aus dem Bestand, stellt den Projektfahrplan vor und beschreibt die Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen. Anhand der Grundrisse zeigt sie die Veränderungen auf, die im Erdgeschoss sowie im 1. und 2. Obergeschoss geplant seien. Zur Veranschaulichung zeigt sie weiterhin die Schnitte aus der Vorplanung und erläutert die Lage der zusätzlich anzubringenden Fluchttreppe. Speziell bei der Außengestaltung werde Wert darauf gelegt, eine Kombination aus historischem und modernem Bau zu schaffen. Dies spiegle sich in der Farbgestaltung so wie in der Fensterplanung wider. Sie weist darauf hin, dass ein zusätzlicher Gehweg entlang des Gebäudes erforderlich werden wird. Sie stellt die nächsten Schritte vor und benennt die geschätzten Gesamtkosten mit rund 1,8 Mio. Euro. Wenn mit dem Bau wie geplant ca. im September 2015 begonnen werden könne, so sei mit der Fertigstellung im September 2016 zu rechnen. Außerdem zeigt Frau Barnert noch eine Skizze der Außenanlage der Schule einschließlich des neu zu schaffenden Gehweges.

Stadtrat **Meyer** freut sich, dass für dieses erhaltenswerte Bauwerk eine attraktive Lösung mit einer guten Konzeption für den Innenraum gefunden worden sei. Der vorhandene Bedarf an Schulraum belege noch einmal mehr die Richtigkeit der Entscheidung, in diesem Gebäude nicht die Bürgermeisterliche Geschäftsstelle unterzubringen. Er regt an, die Planung unbedingt auch im Stadtteilausschuss zu präsentieren und dann auch die Maßnahme fest in den Haushalt aufzunehmen, nachdem sie sich bisher lediglich im Sammler wiederfinde. Dazu müsse die Maßnahme noch einmal anhand einer noch zu erstellenden Vorlage diskutiert werden. Diese Vorlage solle dann auch eine Aussage über Kosten eines eventuellen Neubaus enthalten. Außerdem bittet er darum, wegen des zu berücksichtigenden Gehwegs auch die Straßenquerschnitte mit aufzunehmen.

Nach Auffassung von Stadtrat **Gericke** sei es wichtig, dass das Alte Schulhaus auch künftig wieder als Schule genutzt werde. Die Substanz des Gebäudes sei gut, genau wie auch die Struktur und die Raumaufteilung. Das im Erdgeschoss vorgesehene große Fenster sei vielleicht etwas gewöhnungsbedürftig, aber ideal für die Nutzung der Räume als Mensa. Insgesamt werde seien Fraktion der Planung zustimmen.

Die Planung gefalle auch ihr sehr gut, so Stadträtin **Liepins**. Mit der Sanierung gehe die gute Entwicklung Poppenweilers in Richtung eines Bildungs- und Betreuungscampus voran. Die aus der Schätzung genannten Kosten hätten Sie eher beruhigt, so dass nur zu hoffen bliebe, dass sich diese nicht noch deutlich erhöhten. Für sie sei jetzt allerdings noch die Frage offen, wohin das DRK ausweiche könne, wenn das Gebäude für Schulzwecke gebraucht werde.

Seine Fraktion sehe ebenfalls die Vorzüge, die diese Planung biete, die in ihrer Schlichtheit besteche, lobt Stadtrat **Rothacker**. Er spreche sich deshalb dafür aus, die Finanzierung in den Haushalt aufzunehmen.

Stadträtin **Burkhardt** hingegen gefalle das große Front-Fenster nicht. Unabhängig davon wolle sie wissen, an welche Art der Heizung für das sanierte Gebäude gedacht werde.

Abschließend beantwortet Frau **Barnert** die noch offenen Fragen und informiert darüber, dass für das DRK derzeit ein Ersatzgebäude gesucht werde. Das Alte Schulhaus werde voraussichtlich mit Fernwärme beheizt. Mit einer entsprechenden Vorlage zur weiteren Beratung könne wohl noch in diesem Jahr gerechnet werden.

TOP 6	Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg - Investiotions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im Baubereich	Vorl.Nr. 397/14

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorl. Nr. 397/14. Auf zusätzlichen Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Die Einzelfragen zur Vorlage beantwortet Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft). Dabei geht es im Wesentlichen um Hintergrundinformationen zu noch laufenden Projekten.

Das Gremium signalisiert allgemein Zustimmung zum Bericht, so dass BM **Ilk** den Tagesordnungspunkt damit schließt.

TOP 7	Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen - Ergebnisbericht Realisierungswettbewerb - Beauftragung der Planungsleistungen Architektur (Vorberatung)	Vorl.Nr. 386/14

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert BM **Ilk** darüber, dass die verwaltungsinterne Abstimmung zum Ergebnisbericht des Realisierungswettbewerbs und zur Beauftragung der Planungsleistungen Architektur beim Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen noch nicht abgeschossen sei.

Der Tagesordnungspunkt wird daher vertagt.

TOP 8	Radroutenkonzept 2025 - Mündlicher Bericht	

Beratungsverlauf:

Herr **Nestmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet über die Befragung, die zum Thema Radschulweg stattgefunden habe. Eine Grundlage hierfür habe die bereits in Bietigheim durchgeführte Befragung zu diesem Thema dargestellt, die weiterentwickelt und auf Ludwigsburger Verhältnisse angepasst worden sei. Herr Nestmann erläutert zunächst das eigentliche Verfahren bei der Befragung und geht dann auf die Inhalte im Einzelnen ein. Wichtig sei es gewesen herauszufinden, welche Routen die Schüler nutzten und welche Gründe unter Umständen gegen die Nutzung des Rades sprächen. Soweit diese Ablehnung ihre Ursache in fehlenden oder ungenügenden Fahrradrouten habe, müsse dies unbedingt angegangen werden. Ziel sei es jedoch nicht, neue Wege auszuweisen sondern die bestehenden, die bereits akzeptiert seien, unter anderem heller, sicherer und durchgängiger zu gestalten. Eine Frage habe daher

auch etwaigen Angsträumen entlang der Strecke gegolten. Das Ergebnis der Befragung decke sich in großen Teilen mit dem vorhandenen Radroutenkonzept, zeige aber auch notwendige Ergänzungen, wie zum Beispiel den Schulweg zum Bildungszentrum West. Um die aus der Radschulwegbefragung gewonnenen Ergebnisse nun auch nutzen zu können, sollen diese in einem nächsten Schritt in das Radroutenkonzept einfließen.

Die Resonanz des Gremiums auf den Bericht von Herrn Nestmann ist durchgehend positiv.

Auch wenn der prozentuale Anteil der fahrradfahrenden Schulkinder deutlich unter dem der busfahrenden sei, so lohne doch jede Verbesserung, meint Stadtrat **Noz**.

Stadträtin **Dr. Knoß** bemängelt, dass es mit der Umsetzung der Verbesserung so lange dauert, obwohl zumindest einige der Schwachpunkte bereits vor einiger Zeit erkannt worden seien. Sie fordert, dass davon nun angegangen werde, was sofort umzusetzen sei.

Der Einsatz moderner Befragungstechnik habe sich offenbar bezahlt gemacht, freut sich Stadtrat **Juranek**. Auch er spricht sich dafür aus, dass die Verbesserungen dringend in Angriff genommen werden sollten und dafür ruhig auch mal neue Wege eingeschlagen werden dürfen.

Stadtrat **Remmele** zeigt zu einigen angesprochenen Verbesserungsvorschlägen Alternativen auf, die überlegt werden sollten und die Herr Nestmann zusagt, mitzunehmen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** bittet darum, die Absenkung der Bordsteine auch im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen.

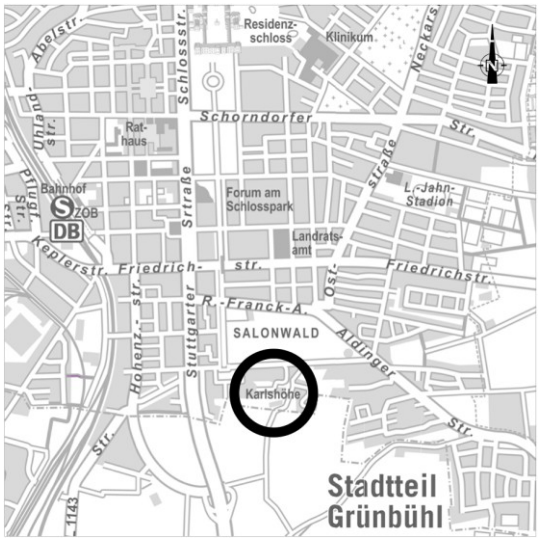
Abschließend fasst BM **Ilk** zusammen, dass es sich bei der Verbesserung der Radschulwege noch um eine große Aufgabe handle, in der es sicherlich noch mehrfach der Beratung bedürfe und sagt zu, diese ersten Anregungen in das weitere Verfahren aufzunehmen.

TOP 9	Bebauungsplan "Karlshöhe" Nr. 057/06 - Satzungsbeschluss (Vorberatung)	Vorl.Nr. 349/14

Beschlussempfehlung:

I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.

II. Der Bebauungsplan **„Karlshöhe“ Nr. 057/06** vom 24.10.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 24.10.2014, gemäß § 10 BauGB und § 47 LBO als Satzung beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (Befangenheit)
Stadträtin Liepins

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt**, (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Vorl. Nr. 349/14 mit dem Bebauungsplan „Karlshöhe“, der mit dem Aufstellungsbeschluss am 25.07.2012 in das Verfahren gegangen sei. Zwischenzeitlich seien die erforderlichen Schritte durchgeführt, so dass das Verfahren nun mit dem Satzungsbeschluss vor dem Abschluss stünde. Er erinnert kurz anhand des Planes an die Ausgangssituation und Ziele der Planung und weist auf die Veränderungen gegenüber dem Entwurfsbeschluss hin. Der Bebauungsplan schaffe in seiner jetzigen Form den für die Karlshöhe erforderlichen Entwicklungsspielraum ohne damit ein höheres Verkehrsaufkommen zu produzieren, so dass auch die darin enthaltenen Stellplätze ausreichend seien. Insgesamt gebe man damit sowohl der Karlshöhe als auch der dortigen Hochschule eine solide Planungsgrundlage für die kommenden Jahre an die Hand.

Für Stadtrat **Noz** seien die Fragen nach der Anzahl der Stellplätze und die Ursache der

auftretenden Geruchsbelästigung noch immer offen und müssten geklärt werden.

Stadträtin **Burkhardt** verliest ihre Stellungnahme zum Bebauungsplan und bittet diese zu Protokoll zu nehmen: „Der Bebauungsplan versucht eine Ordnung in die Flächennutzung zu bringen und unüberbaubare Grünflächen festzulegen. Ob dies bei dem dauernden Baubedürfnis der Diakonie Bestand haben wird, ist zweifelhaft. Ich finde es unverständlich, dass keine Umweltprüfung stattfindet sondern nur eine „Vorprüfung des Einzelfalls“. Das Gebiet liegt zwischen dem geschützten Salonwald und einer großen landwirtschaftlichen Fläche, die zu Kornwestheim gehört am Rande Ludwigsburgs. Die Fläche ist daher für Klima und Luftaustausch sehr wichtig. Der Gebrauchtwarenladen trägt mit Parkplatzsuche und erhöhtem Autoverkehr in der Königinallee zu den Problemen des Gebietes wesentlich bei. Viele Probleme würden sich lösen lassen, wenn er einen anderen Standort erhielte. Ihn mit sozialtherapeutischen Einrichtungen gleichzusetzen halte ich für nicht nachvollziehbar. Hier sollte eine bessere Lösung angestrebt werden, Die Theodor-Lorch-Werkstätten. die bestimmt für die betreuten Personen wichtig sind, sind zum Beispiel auch außerhalb des Planungsgebietes.“

Herr **Kurt** geht anschließend auf die Fragen und Anregungen ein. Dabei informiert er zunächst darüber, dass vom Bestand her ca. 150 Stellplätze ausgewiesen seien, der Bebauungsplan aber 240 zulasse. Damit sei noch ein gewisser Spielraum offen, auch um auf das Problem rund um den Gebrauchtwagenmarkt reagieren zu können, der tatsächlich eine wichtige Funktion innerhalb der Karlshöhe einnähme. Die aufgetretene Geruchsbelästigung stamme von einer zu flachen Abflusssituation, wobei erste Schritte zur Verbesserung bereits ergriffen worden seien. Da die grünordnerischen Festsetzungen im Bebauungsplan sogar noch weitreichender seien als momentan, bleibe er bei seiner Auffassung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung hier nicht notwendig sei.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes ruft BM **Ilk** den Satzungsbeschluss zur Abstimmung auf.

TOP 10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Firma Weinmüller" Nr. 079/08 - Satzungsbeschluss (Vorberatung)	Vorl.Nr. 393/14

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung entsprechend der Anlage 4 beschlossen.

2. Der vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Firma Weinmüller“ Nr. 079/08 wird als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 24.10.2014.

3. *Der Vorhaben- / Erschließungsplan vom 26.06.2014* und *der Freiflächenplan vom 04.09.2014* wird beschlossen. Maßgebend für die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist auch der Durchführungsvertrag vom 09.07.2014 sowie die Produktionsbeschreibung vom 25.02.2014.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer

Ja 11 Nein 3 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert daran, dass der Beschluss zum Bauvorhaben Weinmüller bereits vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt gefasst worden sei und das Vorhaben auch bereits im Bau sei. Der heutige Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan sei daher mehr eine Formsache. Die einzige Änderung, die sich noch ergeben habe, liege in der Anpassung der Schleppkurve bei der Zufahrt aus der Markgröninger Straße. Durch diese Änderung habe zusätzlich noch eine Esche gefällt werden müssen, dafür wurden jetzt auch mehr neue Bäume angepflanzt, als ursprünglich vorgesehen. An der Kubatur des Bauvorhabens habe sich nichts geändert. Herr Kurt macht darauf aufmerksam, dass abweichend zur Vorl. Nr. 393/14 der Freiflächenplan dementsprechend noch einmal geändert werden musste und deshalb auch ein anderes Datum trage. Dies werde in der Formulierung der späteren Beschlussfassung entsprechend berücksichtigt. Für die Beschlussfassung im Gemeinderat werde dann eine aktualisierte Vorlage erstellt.

Stadträtin **Burkhardt** spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus, was sie nachfolgend begründet und bittet, dies zu Protokoll zu nehmen: „Wir lehnen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aus folgenden Gründen ab: “Das Vorhaben Weinmüller stimmt nicht mit den Zielvorstellungen für den Bebauungsplan Hundshalde überein, der für die Aussiedlung von mittelständischem Gewerbe aus

Innerortslagen beschlossen wurde. Die Höhenentwicklung des Vorhabens Weinmüller berührt die Grundzüge der Planung, wie in der Vorlage nachzulesen ist. Das Vorhaben gehört mit seinem Umfang und seiner Höhenentwicklung in ein Industriegebiet. Wer es nicht glaubt, schaue sich den bereits begonnen Bau an. Zu den Umweltauswirkungen, die auch in einem beschleunigten Verfahren berücksichtigt werden müssen, gibt es weder nachvollziehbare Untersuchungen noch klare Aussagen. Die Entfernung fast des gesamten wegen der Verkehrsbelastung der Markgröninger Straße wertvollen Grünbestandes im Winter 2014 gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Planung. Der Grünbestand war Ersatz für die nicht durchgeführte Dachbegrünung im Gebiet des Bebauungsplanes. Jetzt werden wieder fünf Bäume entfernt und neun neu gepflanzt. Ich bin gespannt, wann endlich auch in Ludwigsburg bekannt wird, dass der zahlenmäßige und der ökologische Wert von Bäumen sich deutlich unterscheiden."

Stadtrat **Juranek** kündigt an, dass er sich, wie auch schon in früheren Beratungen, gegen den Beschluss aussprechen werden, speziell wegen der deutlichen Überschreitung der zulässigen Höhe.

Sodann stellt BM **IIk** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 11	Überprüfung von Straßennamen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.07.2014	Vorl.Nr. 270/14

Beratungsverlauf:

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 270/14, auf Überprüfung der Straßennahmen gibt Herr Dr. Karzel, Leiter des Stadtarchivs Ludwigsburg, einen historische Überblick zu den einzelnen Personen. Dabei beleuchtet er jeweils den Lebenslauf von Carl Peters, Ernst Heinkel, Carl Diem und Adolf Gesswein und deren Rolle zu Zeiten des Nationalsozialismus in Deutschland. Die Recherche habe zusammengefasst ergeben, dass sich in der Vita von Carl Peters und Carl Diem problematische Punkte fänden. Ernst Heinkel sei eher ein Grenzfall. Als weitestgehend unproblematisch sei das Verhalten Adolf Gesswein während der NS-Zeit einzuschätzen.

Aus der Diskussion im Anschluss an den Bericht von Herrn Dr. Karzel ergibt sich, dass momentan kein dringender Handlungsbedarf bestehe. Vielmehr solle bei Gelegenheit diskutiert werden, wie grundsätzlich mit solchen Erkenntnissen zu Straßennamen und anderen Bezeichnungen umgegangen werden solle.

Der Antrag, Vorl. Nr. 270/14 ist mit diesem Bericht erledigt.

TOP 12	Ehemaliges Polizeiareal Schloßstraße - Bericht zum Stand des Verfahrens

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert BM IIk darüber, dass die verwaltungsinterne hierzu noch nicht abgeschossen sei. Der Tagesordnungspunkt wird daher vertagt